

Auf neue Ideen kommt es an

CDU Vor dem Parteitag: Den Christdemokraten fehlt ein zukunftsgemäßer Begriff des Konservatismus

Von Daniel Dettling

Öffentlich wird über „Leipzig“ in der CDU nicht mehr gesprochen. Das radikale Reformprogramm des Parteitages von 2003 hat bei der Bundestagswahl 2005 keine Mehrheit gefunden. Die Wähler haben der Partei der Sozialen Marktwirtschaft die notwendige Balance aus Sicherheit und wirtschaftlicher Dynamik nicht zugetraut. Dieses Vertrauen ist jedoch fundamentale Voraussetzung für eine Volkspartei in Deutschland. Wie kann die CDU ihre frühere ideenpolitische Vormachtstellung zurückerobern? Welchen Beitrag leistet das neue Grundsatzprogramm dabei? Und womit kann sie sich gegenüber der Sozialdemokratie abgrenzen?

Auf Ideen kommt es an. Beide Volksparteien, CDU wie SPD, haben bei ihren Reformanstrengungen (Leipzig 2003, Agenda 2010) geglaubt, die Gerechtigkeitsfrage nicht stellen zu müssen. Stattdessen haben sie sich wechselseitig überboten, den Wettlauf um die ökonomische Modernisierung zu gewinnen – und darüber gemeinsam die moralische Debatte verloren. Eine Diskussion über die richtige Balance von wirtschaftlicher Dynamik und Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert ist überfällig. Das Soziale neu denken heißt deshalb vor allem, aus einem Ideenkern heraus eine Wirtschafts- und Sozialpolitik zu entwerfen, die gute Chancen für möglichst alle schafft, damit sie sich entfalten und engagieren können für sich und andere.

Notwendig ist eine Neugründung der Bundesrepublik. Wieder wird es nicht gehen ohne kollektive Anstrengungen und ohne Parteien und Regierungen, die nicht nur ihre taktischen Vorteile, sondern das Ganze im Auge behalten. Die ökonomische Bilanz der Großen Koalition wird eher gut als schlecht sein. Wähler wie Politiker wissen aber, dass der Anteil der Politik daran nicht sehr groß ist. Die Große Koalition ist erfolgreich beim Abarbeiten des Kleingedruckten, scheitert aber am Prinzipiellen. Immer wenn sie große Sprünge machen will, kommt sie an die Grenzen ihrer jeweiligen Programmatik. Ob Mindestlohn, Verlängerung des Arbeitslosengeldes, Kindergelderhöhung – die Themen gehen an den wahren Herausforderungen vorbei.

Der CDU fehlt ein zukunftsgemäßer, offener und gleichzeitig verbindlicher Begriff des Konservatismus. Sie hat ihr eigentliches Alleinstellungsmerkmal verloren. Liberal und sozial sind auch die anderen Mitbewerber. Nichts hat der CDU im Bundestagswahlkampf 2005 so sehr geschadet wie der Vorwurf, marktradikal zu sein. Ihr ist es bis heute nicht gelungen, einen tauglichen Begriff von Bewahrung und Erneuerung zu formulieren.

Das alte Ziel, allen mehr Sicherheit und Wohlergehen zu geben, ist heute nur erreichbar, wenn die Bürger bereit sind, mehr Risiken einzugehen. Dies muss aber auch mit Anreizen belohnt werden. Mit einem erfolgversprechenden Konzept könnte die CDU weit über das Lager der SPD hinaus auf der linken Seite Stimmen und Wähler ge-

winnen. Mehr als 40 Prozent sind drin. Ein moderner Konservatismus wird heute parteiübergreifend nachgefragt. Die CDU will sich der neuen sozialen Frage – „Wie erreichen wir mehr Gerechtigkeit durch mehr Freiheit?“ – nun stellen. Das neue Grundsatzprogramm gibt vier Themen vor: Chancen, Generationen, Leistung und Familien.

Die Chancen eines Kindes hängen stark von der Herkunft der Eltern ab – ein Zusammenhang, der hierzulande besonders ausgeprägt ist. Daraus folgt die Zunahme von Bildungsarmut und damit langfristig eine steigende Staatsquote. Während die Arbeitslosigkeit unter Akademikern in den letzten Jahren in Westdeutschland nie unter fünf Prozent lag, wuchs sie bei den Unqualifizierten auf 22 Prozent. Eine neue Chancenpolitik muss bei der Bildung beginnen und die Einrichtungen in die Pflicht nehmen. Schulen und Hochschulen, die ihre Nutzer ohne Ausbildung oder Abschluss entlassen, müssen dies zu spüren bekommen.

Eine neue Frage rückt zunehmend in das Zentrum der Debatte: Wo zeigt sich künftig im Alltag Solidarität, wenn immer weniger Kinder geboren, immer mehr Ältere allein leben und die Frauen – zu Recht – nicht mehr die alleinige Pflegearbeit übernehmen wollen? An welchen Orten treffen sich Jüngere und Ältere noch und wie können soziale Leistungen organisiert werden, die weder rein privat noch rein staatlich erbracht werden? Der Aufbau einer dynamischen Bürgergesellschaft wäre eine mögliche Antwort.

Für untere Einkommensgruppen lohnt sich Arbeit in Deutschland nicht. Die höchste Abgaben- und Steuerquote tragen die Einkommensgruppen unter 3000 Euro brutto. Viel spricht daher für eine Staffelfür der Sozialbeiträge und eine stärkere Steuerfinanzierung des Ausgleichs. Diese wäre auch gerechtfertigt, da es im Interesse aller Steuerzahler liegt, wenn die Arbeitslosigkeit zurückgeht und einfache Tätigkeiten wieder angeboten werden. Gerade im haushaltsnahen Bereich schlummert ein riesiges Beschäftigungspotenzial.

Die alte Familienpolitik hat die Hausfrauenehe gefördert. Das ging so lange gut, wie das Einkommen des Mannes für beide reichte und die Frau ihre Verwirklichung im eigenen Heim sah. Heute wollen junge Menschen beides: Beruf und Familie. Eine neue Familienpolitik muss daher die Beschäftigung von Frauen erhöhen und gleichzeitig die Betreuung ihrer Kinder fördern. Ohne eine stärkere Ansprache der Unternehmen und Männer wird ihr dies nicht gelingen. Zu beiden hat die CDU die besten Verbindungen.

Die neue Dialektik von mehr Gerechtigkeit durch mehr Freiheit bedeutet die Steigerung der Wahlmöglichkeiten bei gleichzeitiger Stärkung der Bindungen. Diese Quadratur des Kreises könnte der CDU gelingen, wenn sie sich offen und ehrlich an die Ideenarbeit macht. Nur dann hat sie eine Chance, auf das sozialdemokratische ein konservatives Jahrhundert folgen zu lassen.

SIEHE ZUR CDU AUCH SEITE 17.

„Militär allein reicht nicht“

FRANZ JOSEF JUNG Im RM-Interview zieht der Bundesverteidigungsminister Bilanz: Kosovo, Afghanistan und die Sicherheitslage in der Großen Koalition

Rheinischer Merkur: Die Bundeswehr ist mit 2200 Soldaten im Kosovo stationiert. Reicht das Kontingent aus, wenn es hart auf hart kommt, also zu einer Unabhängigkeitserklärung?

Franz Josef Jung: Erstens hoffe ich, dass die Statusverhandlungen bis zum Stichtag am 10. Dezember noch zu einer Lösung kommen. Zweitens haben wir in der Nato beschlossen, dass wir unser Engagement fortsetzen. Deutschland hat schon jetzt ein zusätzliches Reservebataillon mit 500 Soldaten im Einsatz, um für Stabilität zu sorgen – auch über den 10. Dezember hinaus.

RM: Wenn die Statusverhandlungen scheitern, ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis die Kosovo-Albaner ihren eigenen Staat ausrufen. Wie wird sich die Bundesregierung dann verhalten?

Jung: Bitte verstehen Sie, dass ich nicht spekulieren möchte. Entscheidend ist, dass EU und Nato in ihrer Position zusammenbleiben. Unabhängig von der Statusentscheidung im Kosovo bleibt auch auf längere Sicht die Anwesenheit einer militärischen und zivilen Präsenz in der internationalen Gemeinschaft im Kosovo unverzichtbar. Der Kfor wird dabei weiterhin eine Schlüsselrolle zu kommen.

RM: Die Statusverhandlungen werden vor allem von Russland blockiert. Drohen nach einer Unabhängigkeit weitere Spannungen mit Moskau?

Jung: Ich hoffe nicht. Auch Russland hat Interesse daran, dass wir nicht wieder in die Zeit der blutigen Bürgerkriege zurückfallen. Im Übrigen hat Moskau damals dazu beigetragen, dass der Krieg auf dem Balkan beendet wurde.

RM: Welche Auswirkungen hat die Lage im Kosovo auf die Bundeswehrsoldaten in Bosnien?

Jung: Wir hatten in Bosnien-Herzegowina eine Reduzierung auch unseres Kontingents in mehreren Stufen beschlossen. Im Kreis der EU-Verteidigungs- und Außenminister haben wir darüber gesprochen und sind uns einig, vorerst keine weiteren Veränderungen vorzunehmen. Denn natürlich besteht die Gefahr, dass sich eventuelle Unruhen im Kosovo auf das Nachbarland auswirken könnten. Das heißt: Die Bundeswehr wird zunächst mit etwa 300 Soldaten in Bosnien bleiben.

RM: Noch immer werden Auslandseinsätze von vielen Bürgern abgelehnt – ob im Kosovo oder in Afghanistan. Warum sind dort deutsche Soldaten stationiert?

Jung: Ich finde, man kann den Bürgern unsere Einsätze gut erklären. Wir hatten im letzten Jahrzehnt doch mehr als 400 000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien bei uns. Es ist deshalb sinnvoll, die Auswirkungen von Kriegen möglichst an der Quelle zu beseitigen, bevor sie in wesentlich größeren Dimensionen unser Land erreichen. Afghanistan war doch Ausbildungsland für den Terrorismus. Wenn das Land wieder in diese Zeit zurückfallen würde, wären auch wir ganz unmittelbar bedroht.

RM: In Afghanistan herrscht der Eindruck, dass die Amerikaner kämpfen und die Deutschen sich vor allem um zivilen Aufbau kümmern. Müsste sich die Bundeswehr nicht militärisch noch stärker engagieren?



Schwierige Mission: Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) bei einem Besuch des deutschen Kfor-Kontingents in Prizren/Kosovo im Mai 2007.

FOTO: THOMAS IMO/PHOTOTHEK.NET

Jung: Nein! Außerdem haben wir ein robustes Mandat. Aber wir stehen im Norden Afghanistans mit 3200 Soldaten auf einem Gebiet, das halb so groß ist wie die Bundesrepublik. Allein mit militärischen Mitteln lässt sich Afghanistan nicht stabilisieren. Wir brauchen auch den Wiederaufbau von Schulen, Straßen und Staudämmen, um die Herzen und Köpfe der Menschen zu gewinnen. Unsere Strategie der vernetzten Sicherheit ist richtig.

RM: In Afghanistan kommen neue Aufgaben auf die Bundeswehr zu. Der Generalinspekteur spricht davon, die Bundeswehr müsse eine schnelle Eingreiftruppe im Norden stellen. Reicht das bisherige Mandat dafür aus?

Jung: Es ist so, dass diese schnelle Eingreiftruppe mit 240 Soldaten bis Mitte nächsten Jahres von den Norwegern gestellt wird. Diese Aufgabe könnte dann auf uns zukommen. Wir stellen immerhin den Befehlshaber in der Isaf-Nordregion und haben dort das stärkste Kontingent. Der Generalinspekteur entwickelt zusammen mit den Partnernationen eine Lösung, um diese Aufgabe im Rahmen des Mandats fortzuführen.

RM: Ist es denn in Ordnung, dass sich die Bundeswehr allein auf den Norden Afghanistans beschränkt? Auch der SPD-Verteidigungspolitiker Rainer Arnold hat jetzt eine landesweit agierende Truppe vorgeschlagen.

Jung: Wir haben in der Nato diese Arbeitsteilung vereinbart! Deutschland ist für den Norden zuständig, Italien für den Westen, die USA für den Osten, Großbritannien, Niederlande und Kanada für den Süden, Frankreich für die

Hauptstadt Kabul. Das entspricht auch der Geografie des Landes. Es gilt allerdings immer: Wenn eine der Nationen in ihrem Gebiet in Bedrängnis kommt, müssen die anderen helfen.

RM: Wie schätzen Sie denn die Sicherheitslage im Norden ein?

Jung: Sie ist eindeutig prekärer geworden. Der jüngste Anschlag auf eine Zuckerfabrik mit 51 Toten hat im Norden stattgefunden. Deshalb war auch unsere Entscheidung richtig, nur noch mit geschützten Fahrzeugen in Afghanistan unterwegs zu sein.

RM: Prekär wirkt die Sicherheitslage auch in der Großen Koalition. Wie fällt Ihre Halbzeitbilanz aus?

Jung: Die Große Koalition hat eine Menge erreicht, auch auf dem Feld der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Wir haben erfolgreich die Wahlen im Kongo abgesichert, den Einsatz vor der Küste des Libanon begonnen, um Waffenschmuggel zu unterbinden und den Waffenstillstand zu gewährleisten, die Afghanistan-Missionen verlängert. Es gibt ein neues Weißbuch und im Verteidigungshaushalt eine Milliarde mehr – das kann sich doch sehen lassen.

RM: In vielen Halbzeitbilanzen werden Sie als Minister schwach bewertet. Fühlen Sie sich ungerecht behandelt?

Jung: Von manchem Journalisten ja. Aber in einigen Bilanzen schneide ich ganz gut ab. Ich fühle mich schon manchmal an Helmut Kohl erinnert, dem ist es am Anfang nicht anders ergangen. Entscheidend ist aber – wie er formuliert hat –, was dabei herauskommt!

RM: Was raten Sie Ihrer Partei, der CDU, für die zweite Halbzeit?

Jung: Wenn Sie die Messlatte nehmen, die die CDU gesetzt hat, schneiden wir gut ab. Wir haben auf unserem Kompetenzfeld Wirtschaft gepunktet, indem wir die Arbeitslosigkeit von 4,5 Millionen auf 3,4 Millionen gesenkt haben. Wenn jetzt die SPD nach links rückt, muss die Union Kurs halten. Die CDU muss die Volkspartei der Mitte bleiben.

RM: Welche Botschaft soll von der CDU für den Parteitag und die Landtagswahlen – unter anderem in Ihrem Heimatland Hessen – ausgehen?

Jung: Neben der Wirtschaftspolitik müssen wir in der Innen- und Sicherheitspolitik klare Positionen beziehen. Im Wahlkampf müssen wir auf unsere Kompetenzthemen setzen. Wir müssen klarmachen, dass wir die Volkspartei der Mitte sind, die Deutschland nach vorne bringt und wertorientiert Politik macht...

RM: ... wertorientiert – damit meinen Sie auch die Außenpolitik?

Jung: Es ist richtig, dass die Kanzlerin bei den Menschenrechten keinen Zweifel lässt.

RM: Die SPD steht in den Umfragen so schlecht, dass sie sich profilieren muss. Wie geht die Union damit um?

Jung: Die SPD muss wissen: Krach führt immer zu negativen Ergebnissen. Wir sind Deutschland insgesamt verpflichtet und nicht einer Partei. Wenn die Koalition insgesamt erfolgreich ist, wird das allen beteiligten Parteien nützen.

Das Gespräch führten Markus Fels, Thomas Gutschker, Robin Mishra und Michael Rutz.

Einladung für die Leser des Rheinischen Merkur

„Sicherheit versus Freiheit – eine schwierige Balance in Zeiten des Terrorismus“

Einladung zu einem Abend mit Professor Dr. Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichts

Von der Vorratsdatenspeicherung bis zur Online-Durchsuchung: Neue Gesetze zur Bekämpfung des Terrorismus sind beschlossen oder in Arbeit. Mit seinen Entscheidungen, etwa zur Rasterfahndung und zum Großen Lauschangriff, steht auch das Bundesverfassungsgericht im Zentrum der Debatte. Wo überschreitet der Staat seine Grenzen, verletzt jene Grundrechte, die zu verteidigen ihm aufgegeben ist? Oder sind Sicherheit und Freiheit gar keine Gegensätze?

Moderation: **Dr. Robin Mishra**, Leiter Hauptstadtbüro Rheinischer Merkur

Montag, 10. Dezember 2007, 19.00 Uhr, in der Katholischen Akademie in Berlin, Hannoversche Str. 5, 10115 Berlin

Anmeldung unter 0228/884-245 oder marketing@merkur.de

Eintritt: 3,50 Euro (ermäßigt: 2 Euro)

Sicherheit versus Freiheit
Vortrag und Diskussion

merkur lounge
VERANSTALTUNG
Rheinischer MERKUR